

noch dürfte die Gegenkampagne beachtlich sein. Angefangen bei *Economiesuisse* bis zur *Operation Libero* hat man gelernt, dass man die SVP nicht unterschätzen darf. Denn auch für die Gegner geht es um eine Rettungsaktion, diejenige der Schweizer Wirtschaft. Die EU und die Schweiz weben nämlich seit Jahrzehnten ein dichtes Netz aus Beziehungen, die sich gegenseitig bedingen, und seit 2002 ist klar: Will die Schweiz diese Beziehungen aufrechterhalten und weiter ausbauen, muss sie eine Regel akzeptieren, die für alle anderen EU-Staaten auch gilt – die Personenfreizügigkeit.

Dann auf zum Duell: Wer ist der bessere Retter?

Die Blocher'sche Wende

Zurück *zum Kaufleuten*. Hier sitzen sie, zwei Industrielle und ein Journalist, und diskutieren.

Oder zumindest sollten sie das. Denn das Gespräch nimmt recht schnell die den Journalistinnen und Journalisten bestens bekannte Blocher'sche Wende: Wenn Christoph spricht, dann spricht er nicht, er missioniert. Und einen Missionar unterbricht man nicht, höchstens rückt man ihn ins richtige Licht. Das passiert tatsächlich, denn Blocher erscheint am Bildschirm plötzlich strahlend hell, schuld ist zwar eine schlecht positionierte Lampe, aber der Effekt passt wunderbar.

Vielleicht liegt es an einer familiären Veranlagung – Vater und Bruder waren Männer der Kirche – oder an der hypnotisch behäbigen Aussprache, allenfalls an einem ungelösten Minderwertigkeitskomplex der anderen zwei Gesprächsteilnehmer, aber weder Heinz Karrer noch Robin Blanck vermögen den Alt-Bundesrat in seinem Redeschwall zu bremsen. Er darf dafür die Welt erklären: Bei der Personenfreizügigkeit gehe es «nicht um den Zugang zum EU-Markt», sondern um «die Unabhängigkeit der Schweiz», um «die direkte Demokratie», um «Selbstbestimmung», um unsere «Lebensqualität», um unsere «Sicherheit». Gefehlt in der Aneinanderreihung von Leitmotiven hat nur, dass es um unsere Kinder gehe. Sein Verdikt lautet: «Ich habe schon damals gesagt: Die Personenfreizügigkeit ist der Anfang des Untergangs der Schweiz.»

Heinz Karrer, nüchterner, aber auch mit mehr Sorgenfalten auf der Stirn, versucht, dagegenzuhalten. Er bemüht sich um korrekte Angaben, zitiert Studien und wirkt wie ein Zahlenschieber, der nur Ziffern im Blick hat. Der Kern seiner Argumentation ist für den Präsidenten von *Economiesuisse* nicht überraschend: Die Personenfreizügigkeit ist der Preis, den man für die bilateralen Verträge zahlen müsse, und ohne Bilaterale stehe man vor einem wirtschaftlichen Scherbenhaufen, den man sich nicht leisten dürfe. Dass es dabei eigentlich um Menschen geht, die nicht nur Arbeit suchen, sondern ein Leben in der Schweiz aufbauen, ist zweitrangig. Humankapital ist schliesslich auch Kapital. Das unterstreicht er unfreiwillig mit einem Freud'schen Versprecher: Als die Frage aufkommt, ob die Personenfreizügigkeit den Druck auf das Lohnniveau in der Schweiz erhöhe, meint er: «Nein, leider nicht.»

Dass die mit der Personenfreizügigkeit verbundenen flankierenden Massnahmen ein Stachel im Fleisch der Wirtschaftsverbände sind, ist kein Geheimnis. Karrer will aber nicht darauf herumreiten, was hingegen Christoph Blocher genüsslich macht. Die Massnahmen würden die Arbeitnehmenden nur Geld kosten, das dann in die Taschen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband fliesst. Mit der *Musikinsel Rheinau* habe er

schliesslich Erfahrungen mit einem GAV sammeln können: Das choscht en Huufe und bringt nüt.

Das Zalando-Prinzip

Der SVP-Übervater möchte am liebsten zum Saisonierstatut zurückkehren. «Ich habe immer Arbeitskräfte erhalten», meint er und trauert den Zeiten nach, als «Ausländer nur kommen durften, wenn sie einen Arbeitsvertrag hatten». Immerhin erinnert Robin Blanck in einem der wenigen Momente, in dem er das Gespräch zu leiten versucht, in welchem unwürdigen Verhältnis die Saisoniers leben mussten. Keiner der beiden Kontrahenten will den Hinweis aufnehmen.

Blocher seinerseits weiss genau, dass Max Frisch recht hatte, als er sagte: «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen», und das stört ihn. Über 60 Prozent der zugewanderten Arbeitnehmenden seien beim Staat angestellt, behauptet er und nur, weil «seit 2017 eine Million gekommen sind», bräuchten wir so viele Lehrer, Ärztinnen, Polizistinnen und Pflegende. In seinem Eifer wechselt der Tenor seiner Aussagen von ungenau irgendwann auf faktenfrei: Viele Ausländerinnen und Ausländer würden gar nach sechs Monaten schon in die Sozialhilfe rutschen, ihre Familien auch gleich mit.

Für ihn ist die EU wie ein grosser Onlineshop, in dem man die passenden Arbeitnehmenden bestellen kann und ganz einfach wieder loswird: Was du nicht brauchst, schickst du zurück – ganz nach dem *Zalando*-Prinzip. Einmal nimmt er sein ganzes soziales Gewissen zusammen und sagt zuversichtlich: «Es gibt so viele junge Männer da in den neuen Volkswirtschaften, die froh sind, wenn sie für ein paar Monate kommen können», diese würden nur darauf warten.

Das Gespräch zerfleddert dann irgendwann völlig. Blocher wiederholt sich, Karrer in seiner Widerrede auch, Robin Blanck will spürlich nur noch zum Schluss kommen. Nach rund einer Stunde ist es dann auch so weit. Am Bildschirm ist man nicht besonders schlauer als zuvor, nur etwas ist sicher: Sollten diese zwei Herren tatsächlich einmal eine Rettungsaktion anführen, bräuchten wir viel Glück.

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Personenfreizügigkeit ist nicht nur für das wirtschaftliche Verhältnis zwischen EU und Schweiz elementar, sie ist auch eine Errungenschaft der Migrationspolitik, die wir nicht aufgeben dürfen. Dank ihr wird zumindest innerhalb der EU-Grenzen die Zu- und Auswanderung nicht mehr ausschliesslich negativ wahrgenommen und als das angesehen, was sie ist. Ein Phänomen, das zum Menschen gehört und vor allem menschliche Konsequenzen hat. Das passt der SVP nicht, die gerne wieder zum Kontingentsystem zurückkehren würde und somit Migrantinnen und Migranten wieder entrechten will.

Darum empfiehlt die Redaktion der Schaffhauser AZ ein dezidiertes Nein.